

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

24.12.1924 (No. 301)



Erpedition: Karlsruher Zeitung, Karlsruher Straße 14, Nr. 953 und 954, Postkontonummer Karlsruhe Nr. 3815

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur G. K. u. e. d. Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,80 Goldmark - Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. - Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 Zeile Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern besetzt. Bei Anzeigenverweigerung, Zwangsweiser Verbreitung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. - Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. - Für typographische Abfertigung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

### \* Weihnachtshoffnungen

Das Weihnachtsfest ist für alle Christen auf dem ganzen weiten Erdenrund das symbolische Fest der Hoffnung auf eine bessere Zukunft hier und auf ein besseres Dasein im Jenseits. Die Hoffnung auf ein himmlisches Fortleben zu begen und zu pflegen, ist die Aufgabe der Kirche. Aufgabe des Politikers ist es, das Gefühl der Hoffnungsfreudigkeit in den Dingen des öffentlichen und staatlichen Lebens zu stärken. Ohne Hoffnung gibt es keine Politik, und ohne Hoffnung gibt es keinen nationalen und staatlichen Aufstieg. So wird dann das Weihnachtsfest für den Politiker ganz von selbst zum Anlaß für eine Untersuchung der Frage, inwieweit im Augenblick die Hoffnung auf eine bessere, politische Zukunft berechtigt ist.

Es gibt nur eine Methode, um diese Frage zu beantworten, die Methode des Vergleichs. Bei einem jeden Vergleich aber muß man notgedrungen von irgend einem festen Standpunkt ausgehen, da sonst der Vergleich ins Uferlose gerät. Für uns Deutsche kann es nach dem verlorenen Krieg und, nachdem wir uns klar darüber geworden sind, daß alle noch so eingehenden Untersuchungen über die Fehler der Zeit vor dem Kriege und während des Krieges unser Elend unmittelbar praktisch nicht mildern können, nur der Tag des Waffenstillstandes sein, der als Ausgangspunkt einer solchen Betrachtung zu dienen hat. Wir haben uns also zu fragen: Was ist geschehen, und was ist erreicht worden in den sechs Jahren, die seit jenem Tage verfloßen sind? Und wie ist das Erreichte im Hinblick auf einen Wiederaufbau Deutschlands, im Hinblick auf unser Ziel, wieder so groß und so mächtig zu werden, wie früher, zu bewerten?

Wir können an dieser Stelle eine solche Frage nur summarisch beantworten. Die Hauptsache ist die, daß sie überhaupt beantwortet wird. Denn auch der Gleichgültigste wird erkennen müssen, daß wir in den sechs Jahren seit dem Waffenstillstand doch sicher und stetig, wenn auch langsam und schwer, vorwärts gekommen sind.

Weihnachten 1919 und 1920 kennzeichneten einen Tiefstand deutscher Geschichte, wie er in ihrem Gesamtverlauf nur selten beobachtet worden ist. Weihnachten 1921 und 1922 sahen nur scheinbar besser aus; nur dem Auge des verblendeten Optimisten konnten sie die von außen drohenden Gefahren verhüllen, wenn sie sich auch innerpolitisch in jenen beiden Jahren ganz zweifellos eine gewisse Konsolidierung bemerkbar machte. Und diese Konsolidierung mußte als Geschenk des Schicksals dankbar hingenommen werden, wenn man bedachte, wie grauhaft der Zustand der inneren Auflösung war, in welche uns der verlorene Krieg gestürzt hatte. Dann kam das verhängnisvolle Jahr 1923. Es brachte Rückschläge furchtbarer Art, gleichzeitig aber auch in seinem letzten Teil deutliche Anläufe zu einer grundlegenden Besserung. Das Jahrmermal mußte zutiefst durchschritten werden, bevor der Aufstieg beginnen konnte. Und schon Weihnachten 1923 ließ die Hoffnung auf einen solchen Aufstieg begründet erscheinen, vorausgesetzt, daß auch unsere früheren Gegner inzwischen Vernunft gelernt hatten.

Das Jahr 1924 hat diese Voraussetzung bis zu einem gewissen Grade erfüllt und zum ersten Male seit dem Tage des Waffenstillstandes innerpolitisch und außenpolitisch Verhältnisse geschaffen, die wirklich als ein brauchbares Fundament für den Wiederaufbau gelten können. Immer wieder und wieder aber war es das lebenerhaltende und neue Tatkräft zum Leben schaffende Gefühl der Hoffnung, welches unser Volk und seine Führer zu seinen Anstrengungen anspornte. In dieser Hoffnungsfreudigkeit offenbarte sich das beste Stück der Empfindung, die wir Vaterlandsliebe nennen. Und so dürfen wir auch Weihnachten 1924 feiern in der Überzeugung, daß in den letzten Jahren Bedeutendes geleistet worden ist, in der Überzeugung, daß, verglichen mit den Weihnachtsfesten der vorigen Jahre, diese Weihnachten einen ganz zweifellosen Aufschwung offenbaren.

Allerdings sind wir noch lange nicht wieder auf der Höhe des Berges angelangt, den zu erklimmen uns gläubige Hoffnung und vaterländischer Wille heißen. Noch liegen weite Strecken mit großen Hindernissen vor uns. Und schon allein die Kabinettskrisis in Berlin wird zusammen mit der Komplikation in der Kölner Räumungsfrage uns alle vor einem blinden Optimismus, vor einer Überschätzung der Gunst der Lage bewahren. Aber wir

müssen auch über diese Hindernisse hinweg. Und wir werden sie überwinden, wenn wir uns mit aller Kraft des Willens dazu rüsten und unsere Herzen mit jener Hoffnung erfüllen, die allein das Dasein der Menschen und der Völker erträglich macht. Möge Weihnachten 1924 diese Gefühle der Hoffnung, diesen Willen zum Aushalten in uns allen stärken!

### Deutschland und der Völkerbund

Die Reichsregierung veröffentlicht eine Note, die sie zur Klärung der Frage der Beteiligung Deutschlands an kriegsrischen Zwangsmaßnahmen an den Völkerbund gerichtet hat und die zugleich den Regierungen der Mächte zugeleitet wurde.

In der Note heißt es: Der Artikel 16 regelt das Verfahren, das im Falle eines Friedensbruchs gegen den schuldigen Staat in Anwendung gebracht werden soll. Er verpflichtet die Mitglieder des Völkerbundes zu Maßnahmen, wie sie bisher nur unter Herbeiführung des Kriegszustandes möglich waren. Die Völkerbundsmaßnahme genähre aber den beteiligten Völkerbundsmitgliedern nicht das geringstmögliche Maß von Sicherheit gegen kriegsmäßige Handlungen des Friedensstörers. Die Durchführung militärischer Operationen gegen den Friedensstörer sei bisher nicht näher geregelt und nicht der generellen Befehlsgewalt des Völkerbundes unterstellt. Auch sei der Erfolg des Sanktionsverfahrens unter Umständen dann in Frage gestellt, wenn es sich gegen einen Staat richtet, der, wie das heute noch der Fall ist, über eine unbezweigte gewaltige Kriegsmacht verfüge.

Die Gefahren, die sich hieraus für nahezu alle Mitgliedsstaaten ergeben, würden noch unerträglich gesteigert für ein Land, das sich wie Deutschland in zentraler Lage befindet und völlig entwaffnet ist. Die Note führt dann zur Kennzeichnung der einschneidenden Entlassung Deutschlands an, daß dieses Land mit mehr als 60 Millionen Einwohnern mit einer Landesgrenze von 5000 Kilometern und einer Küste von über 2000 Kilometern über ein Heer von nur insgesamt 100 000 Mann verfüge. Die allgemeine Wehrpflicht ist abgeschafft. Die Ausbildung von Reserveoffizieren ist eingestellt. Dieser Truppe fehlt jede für die moderne Kriegsführung notwendige Ausrüstung. Die deutschen Festungen an der Westgrenze sind gestrichelt. Im Westen sind 55 000 Quadratkilometer deutschen Gebietes entmilitarisiert zugunsten ihrer Nachbarn. Staatliche Rüstungsbetriebe sind nicht vorhanden. Alle Rüstungsmaßnahmen sind verboten. Die Stärke der Flotte liegt weit unter der Abrüstungsgrenze des Washingtoner Abkommens.

Die Note vergleicht mit dieser Entlassung die militärische Stärke seiner Nachbarn, deren einer bei 8 Millionen Einwohnern ein stehendes Heer von 80 000 Mann, ein anderer mit weniger als 40 Millionen ein stehendes Heer von über 700 000 Mann habe. Deutschland befindet sich somit in völliger militärischer Ohnmacht inmitten eines stark bewaffneten Europas. Es ist also außerstande, einem militärischen Einbruch wirksam entgegenzutreten. Es wäre vollständig auf den militärischen Schutz der Völkerbundsmitglieder angewiesen, ohne daß diese zur Gewährung des Schutzes gezwungen werden könnten. In den meisten denkbaren Fällen würde es zum Schauplatz europäischer Völkerbundskriege geradezu prädestiniert sein. Dies alles, fügt die Note fort, ist eine notwendige Folge der Tatsache, daß die gesamte Organisation des Völkerbundes faum vereinbar ist mit dem militärischen Lebensgewicht einzelner Staaten, gleichviel, ob sie dem Völkerbund angehören oder nicht. Auch wenn der Rüstungsstand aller Staaten im Rahmen des Völkerbundsprogramms durchgeführt sein würde, das für die Verringerung der militärischen Nachmittels eine Grenze läßt, würde das Niveau des allgemeinen Rüstungsstandes darnach immer noch weit über dem des deutschen Rüstungsstandes liegen.

Aus den Schwierigkeiten dieses Mißverhältnisses gebe es nach Ansicht der deutschen Regierung nur einen Ausweg: Dem Deutschen Reiche müsse die Möglichkeit gelassen werden, das Maß seiner aktiven Teilnahme selbst zu bestimmen. Damit verlange Deutschland keine Vergünstigung, sondern nur die Berücksichtigung seiner besonderen Lage, weil es sonst auf das letzte Schutzmittel eines entwaffneten Volkes, die Neutralität zu verzichten gezwungen wäre.

Ferner wird

#### das Memorandum

veröffentlicht, das Deutschland unter dem 29. Juni über seine Stellung zum Völkerbund an die Mächte gerichtet hat. Es erklärt einleitend, die deutsche Regierung glaube, daß jetzt nach dem Ergebnis der Konferenz von London die Grundlagen eines gedeihlichen Zusammenwirkens im Völkerbund gegeben sei. Sie habe sich deshalb entschlossen, nunmehr den alsbaldigen Eintritt Deutschlands zu erstreben. Es erscheine der deutschen Regierung nicht tunlich, ohne weiteres an den Völkerbund einen Antrag auf Zulassung zu richten. Sie wünsche zunächst mit den im Rat vertretenen Regierungen mit aller Offenheit gewisse Fragen zu klären, die für die deutsche Mitwirkung von entscheidender Bedeutung seien:

1. Es liege der deutschen Regierung fern, für Deutschland besondere Vergünstigungen zu verlangen. Solange indes die Regelung gewissen Staaten das Recht zu einer ständigen Vertretung im Rat gebe, müsse die deutsche Regierung das Recht zu einer solchen Vertretung auch für sich in Anspruch nehmen. Sie müsse deshalb bei Stellung ihres Zulassungsantrags die Gewißheit haben, daß Deutschland alsbald nach seinem Eintritt einen ständigen Ratssitz erhält. Dabur

nehme sie eine paritätische Beteiligung an den übrigen Organen des Völkerbundes, insbesondere im Generalsekretariat ohne weiteres an.

2. Entwickelt das Memorandum den Vorbehalt zu Artikel 16, der in der Note ausführlich begründet ist.

3. Ist die deutsche Regierung bereit, dem Völkerbunde ausdrücklich zu bestätigen, daß sie zur Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen entschlossen ist. Diese Erklärung dürfte aber nicht so ausgelegt werden, als ob die deutsche Regierung damit die zur Begründung ihrer Verpflichtungen aufgestellten Behauptungen anerkenne, die eine moralische Belastung des deutschen Volkes in sich schließen.

Die tatsächliche Erfüllung der deutschen Vertragsverpflichtungen hänge auch vor allem von der Durchführung der von den Vereinten Nationen und der beschleunigten Wiederherstellung der vertragsmäßigen Zustände am Rhein und an der Ruhr ab.

4. Erwartet Deutschland zu gegebener Zeit aktiv an dem Mandatssystem des Völkerbundes beteiligt zu werden.

Zum Schluß betont das Memorandum, daß Deutschland bereit sei zur Mitarbeit an den hohen Aufgaben des Völkerbundes, auf die es ein Anrecht hat.

Genf, 23. Dez. Die Note der Reichsregierung an den Völkerbund wurde gestern Abend vom Völkerbundsekretär in deutschem, englischem und französischem Text der Presse übergeben. Gleichzeitig bestätigt der Generalsekretär des Völkerbundes dem deutschen Generalkonsul in Genf, der die Note mit der Denkschrift vom 29. September überreicht hatte, den Empfang. Eine direkte Antwort an den Reichsminister des Auswärtigen ist noch nicht erfolgt. Die Note hat im Völkerbundsekretariat einen starken Eindruck hinterlassen. Sie wird in neutralen Kreisen des Sekretariats als sehr geschickt und als eines der wichtigsten Dokumente bezeichnet, die bisher der Völkerbund erhalten habe, wobei man die rücksichtslose Offenheit anerkennt, mit der die grundlegenden Probleme angefaßt wurden und besonders hervorhebt, daß es sich hier um die erste direkte Kundgebung der Reichsregierung an den Völkerbund in der Beitrittsfrage handelt. Bei den maßgebenden höheren Beamten des Sekretariats hat jedoch vor allem der Passus, in dem der Generalsekretär ersucht wird, die zuständigen Angelegenheiten des Völkerbundes mit der Note zu besprechen, sichtbare Verlegenheit ausgelöst. So ist man sich in der Tat bis jetzt über die weitere Behandlung, die die Note zu erfahren hat, noch nicht klar, und hat sich zunächst mit ihrer Übermittlung an alle Mitgliedsstaaten des Völkerbundes begnügt. Über die spätere Stellungnahme des Völkerbundes bestehen nur Vermutungen. So wird geäußert, daß der Rat in seiner Märztagung oder auch erst die Völkerbundsversammlung im September an die in der Note aufgeworfenen Fragen herantreten wird. Die Genfer Presse ist ebenfalls geteilter Ansicht. Nach dem „Journal de Geneve“ will Deutschland vor allem in einem russisch-polnischen Konflikt seine Neutralität sicherstellen, läßt aber auch, wenn es dem Bunde nicht beitrifft, Gefahr, daß die Mächte das Durchzugsrecht durch Deutschland fordern. Nach Ansicht des Blattes könne nur die Vollversammlung die Frage des Art. 16 lösen, was infolge der technischen Schwierigkeiten einer Abänderung des Völkerbundsstatutes den Eintritt Deutschlands lange hinauschieben würde. Die „Tribune de Geneve“ glaubt, daß Deutschland mit seinem Appell an den Völkerbund angesichts der Tatsache, daß es in Genf unentbehrlich ist, eine Widerung der Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages erzielen will.

### Die Urteilsbegründung im Rothardt-Prozess

W.D. Magdeburg, 23. Dez. Die Urteilsbegründung im Rothardt-Prozess geht davon aus, daß der Angeklagte den Wahrheitsbeweis nach vier Richtungen hin angetreten habe: Der Nebenkläger habe Landesverrat begangen nämlich:

1. durch Beteiligung an dem Berliner Rassenstreik im Januar 1918,
2. durch Übertragung dieses Streiks auf Kiel,
3. durch den Versuch, einen solchen Streik in Chemnitz durch den Abg. Koste entfachen zu lassen, und
4. durch ein planmäßiges Entgegenarbeiten und Durchkreuzen von Maßnahmen der Obersten Heeresleitung zum Zwecke einer Schwächung der Landesverteidigung.

In den drei letzten Punkten ist der Wahrheitsbeweis völlig mißlungen und sind die Behauptungen des Angeklagten widerlegt. Im ersten Punkt führte das Gericht die Beweisaufnahme dahin, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands und der Nebenkläger den Streik nicht angezettelt habe, daß er ohne ihr Zutun ausgebrochen sei, und daß ferner die Aussagen der Zeugen Stryg und Gohert als falsch auszuweisen müßten, da die beiden offenbar das als gehört angaben, was sie zu hören wünschten. Nach den sonstigen Feststellungen seien der Nebenkläger und die übrigen Vorstandsmitglieder der S.P.D. in die Streikleitung eingetreten und hätten sich dadurch äußerlich am Streik beteiligt. Diese Handlungswelt verstoße rein juristisch gegen § 89 R.St.G.B. (Landesverrat), wenn sie auch politisch und moralisch anders zu bewerten sei. Bei dieser Sachlage könne die Verurteilung nicht laut § 186, sondern laut § 185 R.St.G.B. erfolgen. Die Verurteilung, deren Sinn sei, daß dem Nebenkläger Landesverrat zugunsten sei, sei eine sehr schwerwiegende, insbesondere da die Absicht, die dem Nebenkläger bei seinem Eintritt in die Streikleitung geleitet habe, nämlich den Streik so schnell wie möglich beizulegen und die für sein Tun wesentlich sei, in dem beleidigenden Artikel erwähnt sei. Deshalb, und da die Angriffe sich gegen den höchsten Beamten des Reiches richteten, müsse trotz der Jugend des Angeklagten, auf eine empfindliche Gefängnisstrafe erkannt werden. Der Generalkonsul und der Vertreter des Nebenklägers haben, soweit die Verurteilung nicht nach § 186 erfolgt ist, gegen das Urteil Berufung eingelegt.



## Politische Neuigkeiten

### Zur Frage der Räumung der Kölner Zone

Zur Frage der Räumung der Kölner Zone erklärte der Reichsminister dem Vertreter der „Kölnischen Volkszeitung“, daß ihn diese Angelegenheit mit ernstester Sorge erfülle, da nach allen vorliegenden Nachrichten die Alliierten schon jetzt, also schon vor der Fertigstellung des Berichtes der Kontrollkommission, entschlossen sind, die Kölner Zone am 10. Januar nicht zu räumen. Das könnte Folgen haben, die nicht nur vom deutschen, sondern auch vom Standpunkt der europäischen Gesamtpolitik äußerst beklagenswert wären. Bei lokaler Fortsetzung der Politik der Londoner Vereinbarungen müßte die Räumung der ersten Rheinlandszone am 10. Januar erfolgen. Ohne diese Räumung drohten alle Erfolge jener Politik hinfällig zu werden. In Deutschland und namentlich auch in den besetzten Gebieten, würde die Befürchtung Platz greifen, daß der große Preis, den Deutschland mit der Übernahme der Daneslasten zahlt, vergebens gezahlt wurde. Die folgenschwere Absicht der Alliierten hätte keineswegs mit dem deutschen Verständnis in der Entwaflungsfrage begründet werden. Sachlich bedeute sie die Wiederehrung zur Sanktionspolitik, gegen die sich zur Zeit der Londoner Konferenz die öffentliche Meinung fast der ganzen Welt ausspricht.

Nach einem Rückblick über die letzten Verhandlungen zur Militärkontrolle, die schließlich zur Einwilligung Deutschlands in die Generalinspektion führte, erinnerte der Reichsminister schließlich daran, daß im vergangenen Sommer der französische Ministerpräsident und der englische Premierminister sich unmittelbar in einem Schreiben an ihn selbst wandten, wobei sie erneut den festen Willen ausdrückten, Deutschland durch die militärischen Kontrollen keine Verlegenheiten zu bereiten, und die Kontrolle keinen Augenblick, als unbedingt notwendig, fortzusetzen. Er erinnerte ferner an den reibungslosen Verlauf der neuerlichen Inspektion, bei der seit Anfang September mehr als 1700 Kontrollbesuche ausgeführt wurden. Er erinnerte ferner an die Einigung über die bekannten fünf Punkte. Es gehe nicht an, von deutschen Verletzungen und Vertragsverletzungen zu sprechen. Selbst bei der Annahme, daß der Verlauf der Generalinspektion nicht allen alliierten Forderungen entspreche, und daß die Meinungsverschiedenheiten über die 5 Punkte noch nicht befriedigend geregelt seien, könne man doch unmöglich, so schwerwiegende Maßnahmen, wie die weitere Besetzung deutschen Gebietes rechtfertigen. Die Rechtsforderungen der Alliierten komme im Vergleich mit der ganzen bisher durchgeführten Entwaflungsaktion nur eine verschwindend geringe Bedeutung zu. Mit einem Hinweis auf die gestern veröffentlichte deutsche Note an den Völkerbund fuhr der Reichsminister fort: Kein Mensch in der Welt kann bestreiten, daß Deutschland all irgendetwas wesentlichen Wüstungsleistungen erfüllt hat, und daß es in einem Maße entwaflnet ist, wie dies wohl niemals in der Geschichte ein großes Volk es hat über sich ergehen lassen müssen, sowie daß von irgendwelcher deutschen Angriffsmöglichkeit auch nicht im entferntesten die Rede sein kann. Die Besetzung der Rheinlande ist vom Versailler Vertrag als Schutz der Westmächte gegen deutsche Angriffsabsichten gedacht. Da derartige Absichten völlig außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegen, kann aus jenem geringfügigen Rechtspunkt der lokaler Vertragsauslegung keine Recht hergeleitet werden, die Besetzung zu Sicherungszwecken über die vertragliche Frist hinaus zu verlängern. Wenn durch die Räumung der Kölner Zone für die weitere Besetzung des Ruhrgebietes technische Schwierigkeiten entstehen, so können diese nicht anders beseitigt werden, als daß mit der Räumung der Kölner Zone auch der Abbau der Ruhrbesetzung eingeleitet wird, sonst würde die Folge eintreten, daß zur Aufrechterhaltung des rechtswidrigen Zustandes, wie ihn die Ruhrbesetzung darstellt, eine weitere rechtswidrige Sandung begangen wird. Es ist nicht abzusehen, was geschehen würde, wenn an Stelle sachlicher und vertrauensvoller Zusammenarbeit jetzt wieder ein frevolles Konfliktzustand wäre. Lord Curzon sagte unlängst, daß die verlässliche Anwesenheit fremder Truppen auf deutschem Gebiet nicht geeignet sei, zur allgemeinen Befriedigung Mitteleuropas beizutragen. Wenn sich die Alliierten über diese Seite der Angelegenheit klar sind, so werden sie sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß für die Dinausführung der Räumung kein Grund vorliegt, der den von Lord Curzon gekennzeichneten Gefahren für die Befriedigung und den Wiederaufbau Europas die Wage halten könnte.

## Badisches Landestheater

### „Der Waffenschmied“

Als Gast auf Anstellung gastierte in der Rolle des Knappen Georg Wolf Erlenwein vom Stadttheater in Mainz. Die Stimme klingt reichlich gaumig und gepreßt und hat Mähe, besonders nach oben durchzugehen. Für Rollen im Format des Knappen der Röhrlingoper mag sie aber immerhin genügen, schwerer wird sie sich allerdings in einem Mozartwerk etwa behaupten können. Es wäre gut, vor einer definitiven Verpflichtung sich über diesen Punkt noch zu berätigen. Der Gast agierte mit viel Temperament und Lustigkeit, er wäre also darstellerisch für die Spieloper, die — wie man sagt — künftig stärker gepflegt werden soll, ganz am Platze. Bieweit im übrigen das Organ entwicklungs- und besserungsfähig ist, hat die Kritik nach einmaligen Anhören nicht zu entscheiden; das müssen die verantwortlichen Stellen, sofern sie sich um Informationen über den bisherigen Werdegang des aufstrebend recht jungen Künstlers bemühen, allein beurteilen. S. Sch.

### Konzerte im Bad. Konservatorium für Musik

Zwei Veranstaltungen leiten vor Beginn der Weihnachtsferien die Aufmerksamkeit auf das badische Konservatorium. In einem ersten Konzert intimeren Charakters zeigten mehrere Schüler und Schülerinnen der Anstalt recht vorgezeichnetes Können. Offizieller und feierlicher ging es beim darauffolgenden Konzert des Lehrerkollegiums zu, wofür die Einweihung der neu in den Konzertsaal des Instituts eingebauten Konzertorgel den äußeren Anlaß bot. Direktor Franz Philipp dankte zunächst vor Beginn des musikalischen Teils den staatlichen und städtischen Behörden, die für die weitere Entwicklung des Konservatoriums so wichtige Frage wesentlich gefördert und finanziell deren Lösung ermöglicht haben. Nach einem poetischen Vorpruch erkundete dann zum ersten Mal die aus dem Lehrerseminar II übernommene und von der bekannten Durlacher Firma gründlich reparierte Orgel in ihrem neuen Heim. Besonders gefielen die später ebenfalls von Philipp's Hand gespielten drei Weihnachtslichen Choralvorspiele. Mit solistischen Vorträgen beteiligten sich die Herren O. Voigt (Violine) und Georg Mantel (Klavier). Frau Helene Junter sang u. a. Klavierlieder und mit Orgelbegleitung das Weihnachts-Evangelium nach Lukas, beides Schöpfungen von Franz Philipp, der jeweils auch die Sängerin am Flügel und an der Orgel unterstützte. Mit M. Regers prachtvoller Orgelfantasie „Weihnachten“ (op. 145) schloß das Konzert, das sich der intensiven Teilnahme eines leider nicht sehr zahlreichen Hörerkreises zu erfreuen hatte. S. Sch.

## Neue Reichsgrundsätze für die öffentl. Fürsorge

In seiner Sitzung vom 5. Dezember hat der Reichsrat, wie schon gemeldet, dem Entwurf von Reichsgrundsätzen über Voraussetzungen, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge zugestimmt. Diese Grundsätze sollen am 1. Januar in Kraft treten. Von da ab werden für die wichtigsten Gebiete der öffentlichen Fürsorge im ganzen Reich einheitliche Bestimmungen gelten, ohne daß jedoch eine Schematisierung der Fürsorge beabsichtigt ist. Im Gegenteil: die Reichsgrundsätze lehnen eine einheitliche Fürsorge, die alle Hilfsbedürftigen ohne Rücksicht auf Art und Ursache ihrer Not gleichmäßig behandelt, ab. Die Reichsregierung hat wie bisher, so auch jetzt daran festgehalten, daß die Opfer des Krieges und der Geldentwertung, die Kriegsbeschädigten und die Kriegshinterbliebenen sowie die Klein- und Sozialrentner mit besonderen Fürsorgemaßnahmen bedacht werden. Neben den allgemeinen Vorschriften enthalten daher die Fürsorgegrundsätze besondere Anordnungen für die sogenannte „gehobene“ Fürsorge, die die Kleinrentner, Sozialrentner und die ihnen Gleichgestellten, sowie die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen umfaßt.

Die allgemeinen Fürsorgebestimmungen enthalten den Leitgedanken, daß die Fürsorge den Hilfsbedürftigen möglichst in Stand setzen soll, sich und seinen unterhaltsberechtigten Angehörigen den Lebensbedarf selbst zu beschaffen. Die Fürsorge wird deshalb alle Einrichtungen für Hilfsbedürftige, besonders solche zur Beschäftigung, Erwerbsbeschränkter, in erster Linie zu fördern haben. Hilfsbedürftig ist, wer den notwendigen Lebensbedarf für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht oder nicht mehr ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln beschaffen kann und ihn auch nicht von anderer Seite, insbesondere von seinen Angehörigen erhält.

Die neuen Grundsätze stellen auch klar, was in Zukunft an die Fürsorgebedürftigen gewährt werden soll: Lebensunterhalt, insbesondere Unterkunft, Nahrung, Kleidung, Pflege, Krankenpflege, Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit. Daneben erhalten Minderjährige Erziehung zur Erwerbsfähigkeit, Schwangeren und Wöchnerinnen wird je nach Art und dem Grad ihrer Hilfsbedürftigkeit ärztliche Behandlung, Entbindungskostenbeitrag und Stillsitzgeld gewährt unter Sicherstellung der Familienwochenhilfe im Sinne der Reichsversicherungsordnung. Blinden, Taubstummen und Krüppeln wird die Erwerbsfähigkeit gefördert, insbesondere auf dem Wege der produktiven Fürsorge. Im Falle der Erwerbsunfähigkeit tritt eine Unterstützung bis zum Lebensende ein.

Gehobene Bestimmungen sind darüber getroffen, welche eigenen Mittel der Hilfsbedürftige vor Gewährung der Fürsorge einzusetzen hat. Insbesondere dürfen die Fürsorgeberechtigten bei Kleinrentnern und Sozialrentnern nicht verlangen, daß sie keine Vermögen, Hausgut, Familienkassen oder Gegenstände, die zur Befriedigung geistiger, besonders wissenschaftlicher oder künstlerischer Bedürfnisse dienen, verwerten müssen, ehe ihnen aus öffentlichen Mitteln Hilfe zuteil wird. Für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen wird als Mindestmaß der Hilfe das für die Kleinrentner vorgeschlagene Minimum gewährleistet. Im übrigen bleibt die bisherige besondere Sozialfürsorge für diese Kategorien unverändert.

Die Grundsätze des Reiches geben den Ländern nur allgemeine Richtlinien für die Ausübung ihrer Fürsorge, sie hindern sie keineswegs, darüber hinaus weitere Hilfe zu gewähren. Das gleiche gilt für die Fürsorgeverbände im Rahmen der landesrechtlichen Vorschriften.

## Die Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie

Der Pariser „Temps“ erklärt in seinem Leitartikel, die Verhandlungen zwischen den Vertretern der deutschen u. der französischen Schwerindustrie hätten keinen günstigen Verlauf genommen. Die deutschen Vertreter hätten erklärt, Deutschland müsse, um den Danesplan auszuführen, seinen Export verringern und seinen Export vergrößern. Sie hätten ihre ursprünglichen Angebote, der französischen Metallindustrie ein gewisses Kontingent abzugeben, zwar erneuert, aber quantitativ herabgesetzt. Die französischen Sachverständigen hätten hierauf nach Quantität und Art der zu liefernden Produkte und schließlich nach der Preisregelung gefragt. Als dann die

deutschen Delegierten unterschiedliche Behandlung der lothringischen und der saarländischen Industrie forderten und die Meinung ausprägten, daß von Lothringen Gußeisen und Halbfabrikate, vom Saargebiet dagegen Fertigwaren, wie Wagen und Schienen zu beziehen seien, wurden diese Forderungen französischerseits zurückgewiesen. Auf den deutschen Einwand, daß die französische Regierung bei den Augustverhandlungen in London eine Sonderbehandlung für das Saargebiet versprochen habe, erklärt der „Temps“, solche mündlichen Versprechungen seien vielleicht gemacht worden, aber der Vertrag von Versailles dürfe hierdurch nicht abgeändert werden. Die Verhandlungen seien schließlich abgebrochen worden, ohne daß die Preisfrage zur Erörterung gelangte.

## Kurze Nachrichten

Berlin, 23. Dez. Zur Aufrollung und Aufdeckung des umfangreichen Fragenkomplexes in der Angelegenheit Müller, Michael, Holzmann, Barnatt und Bartels ist dem „Lokalanzeiger“ zufolge, auf Anordnung des Generalstaatsanwalts ein Sonderdezernat unter der Leitung des Ersten Staatsanwaltschaftsrats Kufmann gebildet worden, dem eine größere Anzahl Beamter zur Seite gestellt wurde. Die Untersuchung erstreckt sich auch — wie das Blatt weiter berichtet — auf die Geschäftsgebarung der Preussischen Staatsbank und auf mehrere ihrer leitenden Beamten. Die Untersuchung soll so rasch gefördert werden, daß sowohl gegen Müller als auch gegen Holzmann u. a. Anfang nächsten Jahres Anklage erhoben werden kann.

Saarbrücken, 23. Dez. Der Alte Bergarbeiterverband hat beschlossen, den bestehenden Tarifvertrag zum 15. Januar 1925 zu kündigen. — Wie die Volkszeitung mitteilt, haben sich die übrigen Bergarbeiterorganisationen mit der Kündigung einverstanden erklärt.

Paris, 23. Dez. Der Präsident der Regierungskommission Kautz hat an den Bürgermeister von Saarbrücken ein Telegramm gerichtet, in welchem er das bereits gemeldete Ferner's Verbot bekannt gibt und sodann darum ersucht, ihm eingehend darüber zu berichten, wie die Verträge über Verhandlungen betr. die Abtretung von Saarbrücken an Frankreich, die insbesondere von dem Stadtverordneten Karoher bestimmt behauptet worden sind, entstanden sind.

Paris, 23. Dez. Einige Blätter der Opposition stellen immer wieder die Behauptung auf, daß die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen einen Stillstand erfahren hätten. Der Handelsminister erklärt wiederum eine Erklärung, in der er feststellt, daß die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen am 28. oder 29. Dezember wieder aufgenommen werden, und daß es sich bei der jetzigen Unterbrechung um eine durch das Weihnachtsfest bedingte Pause handelt.

## Badischer Teil

### Der V. Fortbildungslehrgang für Gemeindepolizisten

Am 23. Dezember 1924 wurde der V. Fortbildungslehrgang für Gemeindepolizisten am der staatlichen Polizeischule in Karlsruhe geschlossen. Sämtliche Teilnehmer aus allen Teilen des Landes konnten nach erfolgreichem Besuch des mehrtägigen Lehrgangs entlassen werden.

### Gegen Schmutz und Schund im Film

Auf einen vom bad. Ministerium des Innern bei der Filmoberprüfstelle in Berlin gestellten Antrag hin wurden aus dem Film „Das Geheimnis der vier Tage“ (hergestellt von der Anglo-Filmgesellschaft) Teile entfernt, die wegen ihrer entsetzlichen und verwerflichen Wirkung Anlaß zur Beanstandung gaben.

### Grenzverkehr mit der Schweiz

Zur Entlastung der Passierstelle Badischer Bahnhof Wörsel während des Weihnachts- und Neujahrsverkehrs wurden die Bezirksämter Mühlheim, Schopfheim, Staufen und Freiburg ermächtigt, über Weihnachten und Neujahr Tagesfahne auszustellen. Wegen des erwartenden großen Andrangs wird der Bevölkerung empfohlen, sich die Tagesfahne nicht erst beim Grenzübertritt, sondern bei dem genannten Bezirksämtern erteilen zu lassen.

### Das Badenwert

Badische Landeselektrizitätsversorgung A.G. Karlsruhe legt ihre Eröffnungsbilanz in Reichsmark vom 1. April 1924 vor. In dem Bericht des Aufsichtsrates und des Vorstandes heißt es dazu u. a.:

Die einzelnen Anlagen wurden in keinem Falle höher als zum tatsächlichen Herstellungspreis bewertet und wir stellen fest, daß die Anlagewerte nicht unbedeutend unter dem Fortschreibungswert liegen; auf dieselben wurden die erforderlichen Abschreibungen vorgenommen. Beteiligungen, Effekten, Guthaben, einschließlich bei Banken, und Kontokorrentschulden, sowie die übrigen Aktivposten wurden vorichtig bewertet. Inventar, Apparat, Werkzeuge und Fahrzeuge sind auf Reichsmark 1.— abgeschrieben. Auf der Passivseite wurden die Schulden aus begebenen Obligationen, entsprechend der dritten Gläubigerordnung, mit 15 Prozent ihres Goldmarkwertes in Reichsmark eingestuft. Der Bewertung der wertbeständigen Kohlenwertanleihe ist der bei Aufstellung der Bilanz letzte bekannte Aktienpreis von Reichsmark 17,56 pro Tonne für westfälische Hettlammun 4 ab Jedge, zugrunde gelegt worden. Von dem sich aus der Berechnung der Aktiven und Passiven ergebenden Unterschied in Höhe von Reichsmark 19 061 844,66 sollen 18 Millionen Reichsmark zur Umstellung des bisherigen Papiermarkaktienkapitals in Höhe von 600 Millionen Mark, Reichsmark 100 000 zur Bildung eines Wohlfahrtsfonds, und der verbleibende Restbetrag von Reichsmark 961 844,66 als gesetzlicher Reservefonds verwandt werden.

Die Bilanz schließt ab mit 85 121 763,67 Reichsmark. Unter den Aktiven fungieren: Grundstücke mit 106 673,92 RM., Gebäude 2 078 775,88 RM., Betriebsanlagen 20 248 254,29 RM., im Bau befindliche Anlagen 6 205 212,91 RM., Forderungen 1 232 290,84 RM., Lagerverräte 972 683,52 RM., Beteiligungen 261 778 RM., Guthaben einschl. bei Banken 1 049 934,37 RM., Kontokorrent-Schulden 2 898 838,16 RM. — In den Passiven finden das reine Reichsmarkaktienkapital: Aktienkapital 18 000 000 RM., Anleihe I (Rückwert) 3 490 444 RM., Anleihe II (Schluß) 1. Teil 1 228 434 RM., Anleihe II (Schluß) 2. Teil 88 114,53 RM., Kohlenwertanleihe 441 737,5 Tonnen 7 790 408,25 RM., Staatschuldenübernahme 285 750 RM., Anleihebeginnkonto Kohlenwertanleihe =

Badisches Landestheater. In Roderich Benedix' dreitägigen Lustspiel „Die ärtlichen Verwandten“, das von Fritz Herz neuinstudiert und im Kostüm der Zeit des „Wiedermeier“ am ersten Weihnachtstage, Donnerstag den 25. Dezember, zum ersten Male in Szene geht und am zweiten Weihnachtstage, wie auch am Sonntag den 28. Dezember wiederholt wird, sind die Träger der Hauptrollen die Damen Franzendorfer, Genter, Kunze, Murhammer, Rasse, Noorman, und die Herren Weug, Groß, Kloeble, Müller, Rüdenberger und Max Schneider. Die Vorstellung beginnt am 7 Uhr.

### Buchkritik

Drei Harte: Kalifornische Erzählungen. Ins Deutsche übertragen von Paul Baudisch. Mit 68 Bildern von Rudolf Schlichter. (Verlag Gustav Kiepenheuer, Rorbam.) — Noch rechtzeitig zu Weihnachten läßt der Kiepenheuer'sche Verlag diese schmund ausgestattete Sammlung von Erzählungen („short stories“) eines der Meister der amerikanischen Prosa, erscheinen. Für die Kenntnis des Amerikanerentums des Westens ist Drei Harte mit seinen Romanen und kurzen Geschichten unentbehrlich. Sie sind kulturhistorisch und volkpsychologisch von höchstem Wert. Ihren besonderen Reiz aber empfangen sie durch die stilistische Begabung des Verfassers. Drei Harte ist ein glänzender Erzähler, prägnant im Ausdruck, fesselt in der Fabel und ausgestattet mit einem scharfen Blick für die Regungen der menschlichen Seele. Auch diese kalifornischen Erzählungen sind wieder ein prächtiger Beweis für seine Begabung. Erhöht wird der Wert des Bandes durch die Zeichnungen Rudolf Schlichters. Ich wüßte keinen deutschen Künstler zu nennen, der für diese Arbeit der Illustration geeigneter gewesen wäre. Schlichter erweckt die markantesten der geschicktesten Szenen zu einem Leben geistlicher Anschaulichkeit. Er tut das mit einer Stärke der Einfühlung und mit einem künstlerischen Temperament, die beide Bewunderung verdienen.

Der Bücherwurm, eine Monatschrift für Bücherfreunde (Einborn-Verlag, Dachau-München). — Diese kleine Zeitschrift, die den Mitgliedern des „Bücherbundes“ monatlich abgegeben wird, zeigt wieder einmal, daß man auch mit geringen Mitteln einen höchstwertigen Beitrag leisten kann. Der „Bücherwurm“ bringt zeitlichfristige Artikel, Auffassungen über lebende und tote Dichter, Schriftsteller und Buchhändler, Proben aus wichtigen Werken der Weltliteratur, und zwar auch Abhandlungen, und kurze Bücherbesprechungen. Alles dieses in überaus anregender Form, mit gutem, selbständigem Urteil. R. L.



RM. 100 000, plus nicht eingelöste Zinscheine = 20 035,50 RM., (zusammen 120 035,50 RM.), Kontokorrent-Gläubiger 3 107 734,73 RM., Wohnschatzfonds 100 000 RM., Gekündigter Referendatsfonds 961 844,66 RM.

### Aus der Landeshauptstadt

#### Wege und Ziele der Turnschule des Karlsruher Männerturnvereins.

Am Montag, den 15. ds. Mts., wurden vom Karlsruher Männerturnverein Ausschüsse aus seiner Turnschule, unter Ausschluß der Geräteübungen, den zahlreich erschienenen Zuschauern im Konzerthaus dargeboten. Durch eingehende gedruckte Erläuterungen wurde das Verständnis der Vorführungen in weitgehender Weise angebahnt. Die Bühne des Konzerthauses mit einer ruhig wirkenden Freilandlandschaft bot fünfzehn bis zwanzig Turnern genügenden Übungsraum. Entsprechend der feierlichen Stunde wurden die Übungen ohne Befehl und ohne daß ein Leiter hierbei in Erscheinung trat mit Musikbegleitung ausgeführt. Den höchsten Grad der Anspannung an die Übungen erreichte die Begleitung bei den Vorführungen der Turner.

Nur die gymnastischen Übungen der Volksturner wurden bei ihrer freieren Übungsweise auf kurze Befehle ausgeführt, welche zugleich den Zuschauern als Anhalt für das Verständnis dienen. Die Übungen bezwecken z. T. die allgemeine Ausbildung des Körpers in der für das Turnen im Freien weniger geeigneten Jahreszeit, dann aber auch die Vorbereitung für die vollstündigen Übungen selbst, wie dies für Weib- und Diskursant sowie für den Ablauf geübt wurde.

Neben der Springeilegungsaufgabe der älteren Knaben, den Übungen am Reck, Eisenstangenübungen der Jugendturner im Raul'schen Saal, Reckenübungen der Turnerinnen, Freilübungen und Reckübungen war wohl die beachtenswerteste Vorführung des Abends die fortlaufende, durch seine Rufe unterbrochenen Übungen der Turner nach der Ritsch'schen Schule als „Ein Reckgedanke der Körperformung“ bezeichnet. Die Schaubewegungen der Turner schlossen die Übungen der regelmäßigen Turnstunden zu einer künstlerisch aufgebauten Folge zusammen. Es waren Haltungsübungen zur Kräftigung der Rückenmuskeln. Zugleich lehrten sie auch ein der Bewegung entsprechendes Atmen und als Gleichgewichtsübung die feinste Zusammenarbeit einzelner Muskelgruppen.

Die Vorführungen haben bewiesen, daß es sich bei der Leistung eines ernsthaften Turnbetriebes um eine rege Umschau über alle Neuererscheinungen im Turnwesen, um eine kritische Prüfung derselben, ein Auswählen, ein Um- und Neuformen und ein Erfinden neuer Möglichkeiten handelt, ohne das Alteprobte zu verwerfen. Hierbei war für die Turnschule des Männerturnvereins leitend nach der einen Seite hin ein künstlerisches Streben, nach der anderen eine sorgfältige Rücksicht auf die Einwirkung der Übungen auf den Körper und die Übungslust des Turnenden. Auf eine rein äußere, lediglich überraschende Schauwirkung wurde verzichtet und mit feinem Bedacht dem eigentlichen, wahren Turnziel nachgestrebt. So konnte die Vorführung Anhalt und Beispiel für weitere Turnerkreise werden und ein Verständnis der edlen turnerischen Bestrebungen bei den, dem Turnen fernstehenden Zuschauern erwecken.

Der Verein Badische Heimat und der Karlsruher Geschichts- und Altertumsverein hatten zu einem Vortrag über: Die badische Heimat im Luftbild eingeladen, den Architekt Dr. Ing. H. Eisenlohr übernommen hatte. Das Luftbild gibt durch die Nähe seines Aufnahmepunktes und die Weite des beherrschten Bildes Eindrücke, die sonst nirgends in gleicher Stärke erlebt werden können. Das Räumliche der Bodengestaltung tritt hier mit stärkstem Eindruck in Erscheinung. Die uferfröhliche Bucht eines Gebirgsflusses enthält sich nur dem Luftfaller. Das Gebirge, die Landschaft, der Strom, die Siedelung, das Stadtbild und die Architektur der Stadt zeigte der Vortragende erläuternd an einer großen Zahl von Lichtbildern. Es waren eindrucksvolle Bilder, die vor den Augen der großen Zuhörerschaft vorbeizogen. Insbesondere die Dome (Freiburg, Breisach, Straßburg, Ulm, Basel), mit dem

sie umgebenden alten Stadtkern, ließen die Gegenständlichkeit der neueren Stadtteile mit großer, gerade gerichteten Verfahrswegen klar erkennen. Auch die Lage des Schlosses im Stadtbild gab zu interessanten Darstellungen Anlaß, in denen gezeigt wurde, wie man aus dem Luftbild die Geschichte einer Stadt lesen kann, wenn nicht gerade Kriegsnot oder Brand die alte Stadlanlage völlig verschwinden ließen, wie z. B. in Neßl und vielen Schwarzwalddörfern, die dann meist ganz schematisch neu aufgebaut wurden. Daß aber die alte römische Kastellanlage noch im Grundriß mancher Städte zu erkennen ist, zeigte ein Bild des Städtchens Wattweiler im Elß. Auch auf die neue Platzgestaltung im Stadtbild wurde hingewiesen (Schloßplatz, Sandplatz, Durlacher Torplatz).

Reicher ist das Luftbild nicht vollkommen, solange ihm die Farbe fehlt. Wenn auch durch die Unzahl der Einzelercheinungen im Luftbild leicht eine Unklarheit für den Eintritt, der es nicht zu lesen gewohnt ist, so wird es bei der Farbaufnahme doch wesentlich leichter erfassbar. Das wurde an drei sehr schönen Farbaufnahmen gezeigt. Es ist erst in den letzten Jahren ein brauchbares Verfahren für Herstellung von farbigen Momentaufnahmen entwickelt worden.

Die Verwendung des Luftbildes in Einzel- und Reckenbild (Flm) zu kartographischen Zwecken wurden an Hand von Bildern dargestellt. Für viele Zweige der Wissenschaft wird das Luftbild wertvolle Dienste leisten. Großen Kreisen sollte es aber in Förderung der Heimatkunde zugänglich gemacht werden, da es ein wesentlich anregendes und lebendigeres Anschauungsmaterial darbietet als die Karte. Der Vortragende schloß seine mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit dem Wunsch, daß durch den Anschluß von Karlsruhe an das Luftverkehrsnetz es nun vielen möglich werde, sich den Eindruck des Luftbildes selbst zu verschaffen.

### Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Offenburg, 18. Dez. Der Mitinhaber der Oberrheinischen Dampf- und Hohlwerke, Adam Woblflecken von Gengenbach wurde als Sachverständiger von der deutschen Regierung zu den Handelsvertragsverhandlungen nach Paris berufen und ist bereits dorthin abgereist.

DZ. Rahr, 17. Dez. Die Wohnungsbaugenossenschaft Lahr beabsichtigt, im kommenden Frühjahr zur Bekämpfung der Wohnungsnot eine Einfamilienhaus-Siedlung anzulegen. Bis jetzt hat die Genossenschaft in 3 1/2 Jahren ihres Bestehens zusammen 44 Wohnungen errichtet. Die Häuser sollen als Reihenhäuser zu dreien und viereen erstellt werden, um dem z. T. und dort laut gewordenen Vorwurf zu begegnen, daß das Siedlungssystem der Genossenschaft mit seinen freistehenden Einzelhäusern eine Verschwendung von Baugelände darstelle.

DZ. Freiburg, 17. Dez. Wie wir hören, sind Kommerzienrat A. Gütermann von der Firma Gütermann-Gutach bei Freiburg und Dr. Ing. W. Baumgartner von der ersten Deutschen Kamie-Gesellschaft in Emmendingen, Vorsitzender des Landesverbandes der badischen Textilindustrie, als Sachverständige zu den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen nach Paris berufen worden.

DZ. Böhrenbach, 20. Dez. Da die Arbeiten am hiesigen Kraftwerk gute Fortschritte gemacht haben, wird voraussichtlich noch vor Weihnachten das Wasser durch die Staumauer 10 Meter hoch gestaut werden können.

Schlusfeier, 16. Dez. Bekanntlich bemühen sich die Gemeinden der Tittisee- und Schlusseegegend und die Interessenten aus dem weiteren Umkreis schon seit längerer Zeit um die Inbetriebnahme der neuen Bahn Tittisee-Seebrud, für deren Fertigstellung die Eisenbahnverwaltung von den interessierten Gemeinden die Übernahme gewisser finanzieller Verpflichtungen fordert. Wie das „Echo vom Hochriß“ berichtet, ist jedoch die Teilstrecke Tittisee-Abba einstweilen provisorisch in Betrieb genommen worden und hat einen Verkehr aufzuweisen, der von der Notwendigkeit der baldigen Fertigstellung und Eröffnung der ganzen Bahn überzeugt. Die drei Bahnhöfe Wärenthal, Altglasmühlten und Abba haben sich gleich bei Aufnahme des Verkehrs, der hauptsächlich aus Güterbeförderung besteht, und große Sendungen von Holz zu bewältigen hat, als unzureichend erwiesen.

DZ. Schopfheim, 22. Dez. Die Textilindustrie des Wiesentales hat mit Ausnahme von zwei kleineren Betrieben einen günstigen Beschäftigungsgrad aufzuweisen.

DZ. Friedrichshafen, 17. Dez. Die Dornier-Gesellschaft Friedrichshafen teilt mit: Die kürzlich gegründete Württembergische Luftverkehrs-A.G. wird im nächsten Jahre einen regelmäßigen Luftverkehr auf der Strecke Frankfurt-Stuttgart-Büdingen einrichten, der bereits seit einigen Jahren ein dringendes Verkehrsbedürfnis darstellt. Der Verkehr soll mit den modernsten Flugzeugen der Firma Dornier-Metalbauwerke G. m. b. H. in Friedrichshafen a. B. betrieben werden. Die verwendete Dornier-Komet III befördert außer Führer und Beobachter 6-8 Fluggäste und einige hundert Kilo Gepäck bei einer mittleren Reisegeschwindigkeit von etwa 150 Kilometer in der Stunde.

W.B. Stuttgart, 22. Dez. In Deiterhofen, Oberamt Ellwangen, sind gestern beim Schiffschublaufen vier Knaben im Alter von 9-11 Jahren eingebrochen und ertrunken.

DZ. Firmasens, 22. Dez. Am 4. Februar d. J. hatten Angehörige und Mitläufer der Rotgardisten, die sich damals im Stadthaus festgesetzt hatten, einen Sturm auf das Lager des Kolonialwarenhandlers Kling verübt und das Lager geplündert, wobei acht Autos mit Lebensmitteln angeblich zugunsten der Erwerbslosen fortgeschleppt wurden. Der Besitzer des Lagers wurde von den Rotgardisten schwer mißhandelt und seine Frau bedroht. Wegen dieser Taten hatten sich nunmehr sechs Arbeiter aus Firmasens vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Einer der Angeklagten bezeichnete sich als ehemaliger Separatist. Die Verteidigung suchte für sämtliche Angeklagte den Schutz des Londoner Abkommens in Anspruch zu nehmen, da es sich um ein politisches Delikt gehandelt habe, das im Auftrag der Separatisten durch den Erwerbslosenrat ausgeführt worden sei. Das Gericht vertrat diese Meinung nicht, und verurteilte den Hauptangeklagten Rüsse zu 3 Jahren, den Angeklagten Markhöfer und Fröhlinger zu je 2 1/2 Jahren, Schmenger zu 2 Jahren, Heil und Newmüller zu je 1 1/2 Jahren Gefängnis unter Einrechnung der Untersuchungshaft. Die Bewährungsfrist wurde versagt.

### Bücheranzeigen

Saußs Märchen. (Neue Ausgabe mit 8 ganzseitigen vielfarbigem Bildern und vielen Schwarzweiß-Bezeichnungen von Alfred Hegel.) (Franz Schneider Verlag, Berlin SW, Ladenpreis 6 Mark.) — Diese Märchen sind unsterblich durch ihre Spannung und ihre spitzbüßische Behaglichkeit. Wer sie liest, ist ihnen verfallen. Märchen und Wirklichkeit, Schauer und Humor fließen zusammen. Ein Märchenorient, grazios, phantastisch, zart, selten, farbenprächtig zeigt in die Höhe wie ein Feuerwerk in der Nacht. Dieser Musterwerke der Erzählung hat sich ein Meister der Zeichnung bemächtigt: Alfred Hegel. Was er hier geschaffen hat an Farbenschönheit, Deutlichkeit, ausdrucksvoller Sicherheit, bedeutet eine Krönung. Höchste Grazie, stilles Behagen, überströmende Schaffensfreude funkeln über diesem köstlichen, unübertrefflichen annutvollen Buch.

Viktor Rydberg: Der Korsar. (Aus der Romanreihe „Der gute Schmöcker“. Fr. Schneider Verlag, Berlin SW, Ladenpreis geb. 5 Mark.) — Das leidenschaftliche Buch malt das mittelalterliche Schweden in ungeahnt grellen Farben. Der Fanatismus der Hexenverfolgungen, Adhärenzenwahn und Seeräubertum auf der Ostsee werden hier ganz unpathetisch mit der sachlichen Treue des Historikers geschildert und damit zu Bildern von großartiger Düstertätigkeit gesteigert. Das Buch ist in Schweden klassisch und in jedem Hause zu finden. Es wird Zeit, daß auch bei uns ein Werk von solcher Darstellungskraft und kulturgeschichtlicher Bedeutung Eingang findet.

Deutsche Sprachwörter. (Eugen Diederichs Verlag in Jena.) — Aus der Unzahl aller Sprachwörter, die noch in Gelehrtenstuden schlummern, sind hier etwa tausend, die das menschliche Leben in seinen verschiedenen Tätigkeits- und Zustandsmöglichkeiten umfassen, gruppenweise zusammengestellt. Ein Volksbuch für Schule und Haus!

### Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat Januar noch nicht erneuert haben, wollen dies unverzüglich tun, damit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

### Badische Girozentrale

Zweiganstalt Karlsruhe

Wegen dringender Umbau-Arbeiten ist der Betrieb am

**Samstag, den 27. Dezember geschlossen.**

[D 901

### Zu Weihnachten schönste Festgabe

### Badische Lichtspiele Konzerthaus für Schule und Volksbildung

Am 3. Weihnachtstage — Samstag, den 27. Dezember 1924, nachm. 4 Uhr, Ende 5.30, abends 7 Uhr, Ende 8.30 — pünktlich

Sonntag, den 28. Dezember, nur nachm. 4 Uhr

### Erstaufführung Rumpelstilzchen

Ein Märchen für Groß und Klein

### Elfenzauber

Märchenspiel in 3 Akten

Vorverkauf Musikhaus Müller, Kaiserstr.

Preise: Mk. —.60, 1.—, 1.50, 1.70.

Studierende, Schüler und Erwerbslose gegen Ausweis halbe Preise. [D 900

Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.

### Ausgewählte Lesestücke zum Studium der polit. Ökonomie

Herausgeg. und eingeleitet von Professor Karl Diehl und Professor Paul Nombert

Bd. I: Lehre vom Geld, I.

Bd. II: Der Arbeitslohn

Bd. III: Von der Grundrente

Bd. IV: Wert u. Preis, I.

Bd. V: Wert u. Preis, II.

Bd. VI: Bevölkerungslehre

Bd. VII: Wirtschaftskrisen

Bd. VIII: Kapitalismus, und Unternehmerrisiko

Bd. IX: Freihandel und Schutzoll

Bd. X: Lehre vom Geld, II.

Bd. XI/XII: Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus.

Bd. XIII: Grundzüge der Besteuerung

Bd. XIV: Sozialpolitik

Bd. XV: Kapital u. Kapitalismus

Bd. XVI: Staatsschuldenproblem

Verlag G. Braun, Karlsruhe Karlsruhestr. 14.



### Hurra!

Her mit dem

### Eichbaumbier

von

Peter Niebes

### Württembergischer Hof

Ecke Uhland u. Goethe Straße

Die

### Bad. Baustoffbeschaffung

G. m. b. H.

Karlsruhe i. B.

Kaiserstraße 26 Fernruf 5308

beschafft sämtliche

zum Wohnungsbau nötige

### Baumaterialien

zu äußerst billigen Preisen [D.644

### Kassenstunden der Finanzklassen.

Am Samstag, den 27. Dezember 1924 bleiben die Finanzklassen geschlossen.

Karlsruhe, den 25. Dezember 1924. Y 709

Die Finanzämter Stadt und Land.

### Dankagung.

Für die reichen Spenden zur Weihnachtsfeier der Ortsgruppe Karlsruhe-Frozheim vom Bund erblindeter Krieger sprechen wir allen Gebern auf diesem Wege den herzlichsten Dank aus. D. 902

Karlsruhe, Weihnachten 1924.

Die Ortsgruppenleitung:

R. Löhle.

### Kapital.

Zur Anlage von Geldern in prima Hypotheken oder Effekten empfiehlt sich

### Joseph Liebmam Bankgeschäft

Kriegsstraße 116 Telephon 75, 938 und 971



